

Gewiß wird auch das vom Herrn Bürgermeister freierte Gesundheitsamt den an dasselbe gestellten Anforderungen entsprechen. Es ist nun schwer zu sagen, was zu diesem Gesundheitsamte alles kommen soll. Der Herr Ober-Physikus wird jedenfalls Gelegenheit nehmen, die Agenden, die dem Amte zugewiesen werden, so zu bestimmen, daß es seinen Zweck erfüllen kann.

Was die Frage der Schulärzte betrifft, so bemerke ich, daß schon jetzt Amtsärzte mit der Schulaufsicht in den Bezirken VI und XV betraut sind. Wenn die Erfahrungen entsprechende sind, dann werden Sie uns gewiß bereit finden, diese Institution der Schulärzte, entsprechend den Vorschlägen der Ärzte und Schulmänner, auf ganz Wien auszuweiten.

Ich bitte, Gruppe VIII anzunehmen.

Vize-Bürgermeister Pain: Ich bitte die Herren, welche Gruppe VIII annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschicht.)
A n g e n o m m e n .

Wir kommen zur Gruppe IX. Das Wort hat Herr Gem.-Rat Bretschneider kontra.

Gem.-Rat Bretschneider: Gruppe IX ist eine der wichtigsten Gruppen für die Bevölkerung und es wäre gerade auf diesem Gebiete sehr viel zu sprechen und Kritik zu üben und andererseits Anregungen zu geben. Nachdem aber die Zeit so vorgeschritten ist, will ich nur sporadisch auf die wichtigsten Teile dieser Gruppe hinweisen. In erster Linie will ich das Armenwesen besprechen.

Wir sehen, daß die Gemeinde in den Zeiten des Krieges Aenderungen vorgenommen hat, daß die Erziehungsbeiträge, Waisengelder und Pflegegelder, die gegeben worden sind, den heutigen schweren Zeiten entsprechend, etwas erhöht wurden, damit sie auch ihren Zweck erfüllen können. In dem Ausmaße wie sie bisher gegeben worden sind, zu 4, 6, 8 und 10 K pro Monat, sind diese Beiträge für die heutige Zeit nicht zureichend, trotzdem alles in allem ungeheure Summen ausgegeben wurden. Die einzelne Familie oder einzelne Witwe kann mit diesen Beträgen nichts anfangen und kann die übernommenen Pflichten damit nicht so erfüllen, wie sie soll. Deshalb glaube ich, daß auf diesem Gebiete nicht stillgestanden werden darf, sondern eine weitere Ausgestaltung stattfinden muß. Heute werden Beiträge bis zur Höhe von 30 K pro Monat gegeben, aber es wird notwendig sein, sie weiter zu erhöhen, um in entsprechender Weise helfend eingreifen zu können.

Bei dieser Gelegenheit will ich darauf aufmerksam machen, daß die Institution der Armenräte bis jetzt nur einer Klasse der Bevölkerung zugänglich war. Wir Sozialdemokraten verlangen, daß die Ausgestaltung dieser Organisation vorgenommen wird, so daß auch Vertrauensmänner der Arbeiterschaft zur Mitarbeit in dieser Institution herangezogen werden, und Sie können gewiß sein, daß Sie in ihnen sozial denkende und pflichtbewußte Bürger der Stadt bekommen, die ihre Aufgaben erfüllen und im Interesse der Gemeinde und der Bevölkerung wirken werden. So wird es notwendig sein, auch nach dieser Richtung eine Aenderung herbeizuführen.

Was ich noch bei dieser Gelegenheit vorschlagen möchte, ist eine Aenderung der Organisation nach der Richtung hin, daß endlich beim Magistrat nachgedacht werden möge, ob nicht der Weg, der zur Erreichung einer Unterstützung notwendig ist, etwas verläßt werden könnte. Der Wittgang, den eine Frau

machen muß, um einen Erziehungsbeitrag oder einen Pflegebeitrag zu erhalten, ist ungemein lang. Sie muß eine ganze Reihe von Wegen machen, Persönlichkeiten auffuchen und in Aemtern vorsprechen, bevor sie in den Besitz des Beitrages kommt. Gerade bei diesen Geldausgaben ist das Wort richtig, daß wer rasch gibt, doppelt gibt.

Vielleicht wäre es doch möglich, einen Weg zu finden, daß ganz genau erhoben und erwogen werden kann, ob die Wittstellerin berechtigt und bedürftig ist, einen Beitrag zu bekommen oder nicht und trotzdem der Weg rascher und abgekürzter gemacht werden kann als bisher.

Für die städtische Jugendfürsorge haben wir jetzt ein Amt, das die ganzen Agenden, von der Säuglingsfürsorge bis zur Fürsorge für das aus der Schule tretende Kind in sich zusammenfaßt, um im Interesse der Jugend alles vorzunehmen, was sie befähigt, zu kräftigen Menschen heranzuwachsen. Es ist gut und notwendig, daß wir dieses Amt bekommen haben es ist aber noch immer auf diesem Gebiete viel zu tun. Es wäre vor allem eine stärkere Zentralisierung dieser Agenden herbeizuführen. Es ist notwendig, alle die kleinen Organisationen, die es auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege und Fürsorge für die Kranken gibt und von denen man eigentlich nicht weiß, in welcher Weise sie die zur Verfügung stehenden Gelder ausgeben, zusammenzufassen, um ein übersichtlicheres Bild über die Verteilung und Verwendung der Gelder zu bekommen. Das muß geschehen, damit die ausgeworfenen Beträge zweckentsprechend verwendet werden.

Sie haben zur Kräftigung der Jugend die Schaffung von Horten, in welcher die Jugend militärisch ausgebildet wird, durchgeführt.

Wir haben aber öfter darauf hingewiesen, daß wir den militärischen Drill bei der Jugend nicht wünschen, sondern daß wir der Ansicht sind, daß durch Turnen, durch Beschäftigung im Freien und durch Ausflüge die besten Mittel gegeben sind, um das viel besser zu erreichen, was durch den militärischen Drill erzielt werden soll.

Das städtische Arbeitsvermittlungsammt soll ausgebaut werden, und hat den Titel „Arbeiterfürsorgeamt“ bekommen. Außer der Aenderung des Titels ist aber auf diesem Gebiete noch nichts geschehen, was annehmen ließe, daß eine Aenderung der Organisation platzgegriffen hat. Ich meine, daß es unbedingt notwendig ist, auch auf diesem Gebiete so rasch als möglich etwas vorzunehmen, um den Ereignissen gewachsen zu sein, die auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge und der Arbeitsvermittlung eintreten werden. Es ist notwendig, daß wir so rasch als möglich an den Ausbau dieses Arbeiterfürsorgeamtes schreiten und alles daransetzen, um ihm jene Mittel zur Verfügung zu stellen, die notwendig sind, damit es seine Aufgaben erfüllen kann.

Ich komme nun zur Wohnungsfrage. So, wie die Approvisionierungsfrage eine der wichtigsten Fragen ist, die uns jetzt in jeder Sitzung beschäftigt, ist auch die Wohnungsfrage genau so wichtig wie die Approvisionierung und es zeigt sich dies auch in der Tatsache, daß wir uns fast in jeder Sitzung mit ihr beschäftigen müssen. Die Gemeinde Wien kann sagen, daß sie auf diesem Gebiete jetzt wenigstens alles versucht hat — die früheren Versäumnisse können nicht beseitigt werden — was möglich ist, um eine Verbesserung der Verhältnisse herbeizuführen. Nur ist leider das, was die Gemeinde mit ihren Mitteln machen kann,